Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21.
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 190. Sonntag den 9. Juli 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, am 12. Juli 1882, Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Bericht des Gas- und Verfassungs-Ausschusses über die statutarischen Bestimmungen für den auf Grund des §. 26 des Ortsstatuts zu errichtenden gemischten Gas-Ausschuß.
II. Bericht des Gas-Ausschusses über Herstellung von Beleuchtungsanlagen auf der Eutritzscher Straße.
III. Bericht des Finanz-Ausschusses über: a. die Errichtung von fünf Freistellen an der Königlichen Kunstakademie; b. die Abkäußerung des Rathes auf den gefaßten Beschluß zu Pos. 5 des Cents 3 des diesjährigen Budgets; c. die Verwilligung der Kosten für Einrichtung der für das Standesamt im Juridicum ermittelten Expeditionsräume; d. die Gewährung eines jährlichen Beitrages zu der von der gemeinnützigen Gesellschaft ins Leben gerufenen Schülerwerkstatt; e. die Uebernahme einer Anzahl Bänke im neuen Theater von Herrn Dr. Förster; f. die Festsetzung der diesjährigen städtischen Einkommensteuer, II. Termin.
IV. Bericht des Verfassungs- und Finanz-Ausschusses über die aufgestellte Gebührtaxe für die Steuerboten.
V. Bericht des Schulausschusses über: a. die Verwechselung der Freistellen an der Gewerbeschule; b. Mobiliarbeschaffung für die Realschule I. O.
VI. Bericht des Bau-Ausschusses über: a. bauliche Herstellungen in der Realschule I. O.; b. die Ausführung des Treppenumbaues im Conservatorium; c. die Einführung der Wasserleitung in mehrere Straßen am Wege K und die Gohliser Straße.
VII. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanz-Ausschusses über die Ueberlassung des Wangerplatzes zur Erbauung eines Bürgergebäudes.
VIII. Bericht des Bau-, Stiftungs- und Oekonomie-Ausschusses über die Verglasung von Fenstern der Leichenhallen des neuen Friedhofs.
IX. Bericht des Oekonomie-Ausschusses über: a. die Verbreiterung der Dresdner Straße; b. die Verbreiterung der Schloßbrücke; c. die Nivellirung und Pflasterung des südlich der Kirche gelegenen Theiles des Thomaskirchhofs; d. die Herstellung eines eisernen Geländers an der Promenade längs der Göthestraße; e. die Herstellung einer Wasserleitungsanlage zur Speisung des Johannaparkteiches in Straße IV des südwestlichen Bebauungsplanes.
X. Bericht des Oekonomie- und Finanz-Ausschusses über: a. die Rückäußerung des Rathes auf die wegen Abänderung der Promenadenanlage am Obstmarkt gefaßten Beschlüsse; b. die Herstellung der Straßen an den Baublocks II und IV des nördlichen Bebauungsplanes.
XI. Bericht des Oekonomie-, Bau- und Finanz-Ausschusses über Pos. 57 der Bedürfnisse und Pos. 7 der Deckungsmittel des Conto 38 des Haushaltplanes pro 1882.

Bekanntmachung.
In der Aula des Universitäts-Gebäudes sind von Sonntag, den 9. Juli an, die Concurrenz-Entwürfe für einen auf dem Augustusplatz in Leipzig zu errichtenden **monumentalen Brunnen** öffentlich aufgestellt. Zutritt unentgeltlich (von Vormittags ½11 Uhr bis 8 Uhr Nachmittags).

Leipzig, den 8. Juli 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.
Beim hiesigen Stadtorchester, welches den Dienst in Kirche, Gewandhausconcert und dem Stadttheater zu versehen hat, kommt die mit Anspruch auf Mitgliedschaft bei dem hier bestehenden Orchester-Pensionsfonds verbundene Stelle des **zweiten Concertmeisters** für I. Violine Ende September ds. Js. zu Erledigung und es soll dieselbe mit einem Jahresgehalt von 5000 ℳ vom 1. October a. c. ab anderweit besetzt werden.

Geeignete Bewerber werden gebeten, ihre Gesuche um diese Stelle bis spätestens **den 15. August ds. Js.** bei uns einzureichen.

Leipzig, den 7. Juli 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi, Oberbürgermeister. Wilsch, Act.

Bekanntmachung.
Die Herstellung einer Schleuße III. Classe in der Dresdner Straße, auf der Strecke von der Langen- bis zu der Salomonstraße, sowie die Entfernung der jetzt unter den Fußwegen sich befindenden Deckelschleußen daselbst soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Schleuße in der Dresdner Straße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **18. Juli d. J.,** Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 3. Juli 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.
Wegen des Umbaues der Schalteranlagen bleibt bei dem **Postamte Nr. 2 (am Dresdner Bahnhofe)** hierselbst **die Annahmestelle für Packete** in der Zeit vom 10. bis mit 31. Juli geschlossen.

Leipzig, den 8. Juli 1882.

Der Kaiserliche Oberpostdirector.
Walter.

Bekanntmachung.
Die Herstellung des macadamisirten Untergrundes der Lößniger Straße und eines Theils der Körnerstraße soll mit den erforderlichen Erdarbeiten an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Macadamisirung der Körnerstraße ꝛc."
versehen ebendaselbst und zwar bis zum
18. Juli d. J., Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.

Leipzig, den 3. Juli 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.
Das zum Nachlaß weiland des Gutsbesitzers und Ortsrichters **Gottlieb Wilhelm Baumann** in Sellerhausen gehörige, in **Neureudnitz, Dorotheenstraße 42,** gelegene Hausgrundstück, Fol. 42 des Grund- und Hypothekenbuchs und Nr. 45b des Brandcatasters für Neureudnitz, soll auf Antrag der Erben

Freitag, den 14. Juli 1882 Vormittags 11 Uhr

unter den im Termine noch bekannt zu gebenden Bedingungen an unterzeichneter Gerichtsstelle öffentlich versteigert werden, was für Ersitzungsfähige andurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 29. Juni 1882.

Königliches Amtsgericht daselbst.
Abtheilung V. part. (Zimmer 80).
Mannsfeld. Sch.

Bekanntmachung.
In unser Genossenschaftsregister ist unter laufende Nr. 3 zufolge Verfügung vom heutigen Tage Folgendes eingetragen worden:

Firma der Genossenschaft: Vorschuß-Verein zu Leipzig, eingetragene Genossenschaft.

Sitz der Genossenschaft: Leipzig.

Rechtsverhältnisse der Genossenschaft:

Der die Genossenschaft gründende Gesellschafts-Vertrag datirt vom 25. Februar 1882 und befindet sich Blatt 1 des betreffenden Beilagenbandes zum Genossenschafts-Register.

Der Gegenstand des Unternehmens besteht darin, durch den Zusammentritt der Mitglieder der Genossenschaft sich gegenseitig durch ihren gemeinschaftlichen Credit die zu ihrem Gewerbe und Geschäftsbetriebe erforderlichen baaren Geldmittel zu verschaffen.

Der derzeitige Vorstand der Genossenschaft besteht aus folgenden Mitgliedern:
a) dem Oekonomen **Gustav Herbst** zu Leipzig, als Vorsitzenden,
b) dem Kaufmann **Eduard Pflanmer** zu Leipzig, als Cassirer,
c) dem Lehrer **Gustav Müller** zu Leipzig, als Schriftführer,
d) dem Schuhmachermeister **W. Müller** zu Leipzig,
e) dem Schiffseigner **Eduard Heinrich** zu Leipzig,
f) dem Brauereibesitzer **Julius Gleissner** zu Leipzig,
g) dem Kaufmann **Friedrich Franzke** zu Leipzig,
zu d, e, f und g als Beisitzern.

Alle Bekanntmachungen und Erlasse in Angelegenheiten des Vereins müssen durch den Vorstand erfolgen, wobei jedoch die Unterschrift des Vorsitzenden und des Cassirers genügt. Sie sind in folgende Blätter aufzunehmen:
1) in das **Torgauer Kreisblatt,**
2) in das **Liebenwerdaer Kreisblatt,**
3) falls am Sitze des Vereins ein Blatt oder mehrere Blätter erscheinen, auch in dieses bezw. diese.

Der Vorstand zeichnet überhaupt die Willenserklärungen für den Verein und genügt zur Gültigkeit die Unterschrift des Vorsitzenden und des Cassirers und bei Quittungen über Beiträge oder Spareinlagen diejenige des Cassirers. Im Uebrigen hat der Vorsitzende alle im Namen des Vereins zu erlassende Schreiben zu vollziehen.

Bemerkt wird hierzu:

Daß das Verzeichniß der Genossenschafter in den Dienststunden jederzeit bei uns eingesehen werden kann.

Torgau, den 30. Juni 1882.

Königliches Amts-Gericht.

Nichtamtlicher Theil.

Die Ultramontanen und ihre Drohungen.
Bei den Anzeichen einer neuen tiefgehenden Verstimmung zwischen der preußischen Regierung und den Ultramontanen ist es von großem Interesse die Haltung der conservativen Presse zu beobachten. Die Thatsache, daß der Bau der conservativ-klerikalen Allianz, den man durch die Wahlen zu befestigen und zu vollenden hoffte, schon bedenkliche Risse zeigt, kommt der hochconservativen Partei offenbar sehr ungelegen, und man würde es am liebsten sehen, wenn die Curie durch einige kleine Zugeständnisse die heraufziehenden Wolken beschwören wollte. Die Aussicht, der Reichskanzler möchte weder mehr Fühlung mit den Liberalen suchen, zerstört alle Pläne und Berechnungen, von denen man im hochconservativen Lager ausgeht.

Auf der anderen Seite scheut man sich auch, die Freundschaft mit dem Ultramontanismus, wie er neuerdings wieder auftritt, allzu offen zu bekennen, weil man sich des schlimmen Eindrucks auf weite Kreise des protestantischen Volkes sehr wohl bewußt ist und weil man eine selbstständige Politik gegen die Absichten und Ziele der Regierung zu treiben sich im Grunde doch unfähig fühlt. Daraus entsteht eine Verlegenheit und Unsicherheit, die in allen Kundgebungen, in denen die hochconservative Partei und Presse das Verhältniß zu dem Ultramontanismus berührt, deutlich genug zu bemerken ist.

Es ist aber auch gegenwärtig schwer oder unmöglich, zu durchschauen, in wie weit der offenbare Mißerfolg, den die jüngste Kirchenpolitik bei der Curie und den Ultramontanen erzielt hat, in der That bei der Regierung einer andern Grundströmung zum Durchbruch verholfen hat oder verhelfen wird, oder ob die officiöse Presse jetzt nur Auftrag hat, den Gekränkten und Beleidigten zu spielen, um einen Druck auf die weitere Entschließung und Haltung der leitenden kirchlichen Kreise und der ultramontanen Partei auszuüben. Diese Fragen einstweilen, wenigstens bis zu den Wahlen, noch im Dunkeln zu lassen, wird die Regierung wohl in ihrem eigenen Interesse finden.

Inzwischen benutzen die klerikalen Preßorgane ihrerseits die bevorstehenden Wahlen, um der Regierung zu Gemüthe zu führen, daß ihr die Unzufriedenheit der Ultramontanen sehr empfindlich fühlbar werden könnte. (Vergl. unten die Herzensergießungen des „Westfäl. Merkur".) Ein angenehmer Bundesgenosse für die Regierung und die Conservativen, der selbst Nichts leistet, dabei aber gleich grob wird und droht, wenn er trotz aller Zugeständnisse über Mangel an Entgegenkommen glaubt klagen zu dürfen!

Leipzig, 9. Juli 1882.
Während die vorsichtigeren Organe des Klerikalismus, wie die „Germania", die „Köln. Volksztg." ꝛc. sich dem kirchenpolitischen Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." gegenüber noch einigermaßen zurückhalten, geht der weniger diplomatische „Westfäl. Merkur" sehr deutlich mit der Sprache heraus; er schreibt u. A.:

Wir wollen uns noch eine Zeit lang gedulden, sehen wir aber, daß die Regierung gar keinen Gebrauch von dieser ihr gesetzlich verliehenen Befugniß (dem Bischofs-Paragraphen) macht, so werden wir unsere politische Haltung der Regierung gegenüber ändern müssen. Allmälig rücken die Landtagswahlen näher und in den einzelnen Wahlkreisen stete man sich schon nach Candidaten um. Wir gehen dabei am liebsten mit den Conservativen, aber das politische Interesse ist maßgebend, und nicht das persönliche Gefühl. Wenn nun unsere Bischöfe nicht amnestirt werden, so müssen wir uns vor den Wahlen fragen: „Ist es praktisch, die Parteigenossen einer Regierung zu unterstützen, welche uns so wenig Entgegenkommen zeigt und sich vielleicht sogar mit dem Hintergedanken trägt, mit Hilfe einer conservativ-liberalen Majorität zu regieren?" Wir wollen diese Frage heute nur kurz aufwerfen; noch nicht beantworten. Sehr auffallend ist aber, daß der Regierung, welche für die Durchführung der Steuer- und Socialreform doch auf unsere Hilfe rechnet, nichts so schwer zu fallen scheint, als uns ein kirchliches Zugeständniß zu machen, und sei es noch so klein. Werden aber die Bischöfe nicht zurückgerufen, und die Regierung bekommt dann diesen Herbst ein Abgeordnetenhaus, mit welchem sie nicht regieren kann, so mag sie sich der jenseits der vaterländischen Grenzen weilenden Kirchenfürsten erinnern und sagen: „Mea culpa". Aus Schlesien kommt schon die Nachricht, daß viele Katholiken dort mit den Fortschrittlern ein Einverständniß in Sachen der Wahlen anbahnen wollen. Wer nun glauben würde, daß diese Katholiken eine fortschrittliche Aber hätten, würde damit nur seine vollständige Unkenntniß katholischer Verhältnisse beweisen. Diese Herren sind einfach „Pessimisten"; sie glauben nicht, daß von der Regierung noch Viel zu erwarten wäre, und darum allein nähern sie sich den Fortschrittlern. Soeben hören wir nun auch noch, daß der Bundesrath seine Zustimmung zu der Aufhebung des Internirungs- und Sequestrirungsgesetzes verweigert hat. Unter diesen Umständen wird — es ist menschlich — sich im katholischen Volke bald ein „Zug nach links" bemerkbar machen, welcher der Staatsregierung vielen Schaden zufügen wird.

Die „Köln. Ztg." hebt rechtzeitig hervor, daß die königl. preußische Regierung von der gesteigerten Halsstarrigkeit der Curie überzeugt und daß namentlich an eine Rückkehr der Bischöfe von Köln und Posen nicht zu denken sei. „Darob herrscht nun Klage auf der ganzen ultramontanen Linie, eine Klage, die natürlich regelmäßig in eine heftige Anklage gegen die Regierung ausläuft. Schmerzlich ist es der „Germania", daß die „Nordd. Allg. Ztg." schlankweg nur den Herrn Melchers und dem Grafen Ledochowski redet, bedenklich erscheint es ihr, daß irgend Jemand auf der Welt den persönlichen Entschließungen der Gnade des Königs vorgreifen will, dem Niemand, wie sie sagt, Etwas „dreinzureden" habe. Was reden denn die Kaufleute in Köln, die Bauern im Jülicher und Clever Land „drein", die zu Petitionen für Begnadigung des Erzbischofs Melchers an den König förmlich commandirt worden sind? Wir meinen, wenn irgend jemals eine plumpe Ungeschicklichkeit oder vielmehr eine anmaßende Bestürmung der Person des Monarchen versucht wurde, so geschah es durch die dreiste Petitionsstürmerei aus der Kölner Diöcese. Wenn irgendwo, so war in Köln Scheu und Zurückhaltung gegenüber Sr. Majestät geboten, und abgesehen von Erwägungen der Klugheit aus dem allgemein menschlichen Tact- und Anstandsgefühl gerade dem gütigen Monarchen gegenüber. Es würde einem so pflichtgewohnten, einem so in jeglicher Kleinigkeit selber in Achtung vor dem Gesetz herangewachsenen Herrscher, wie König Wilhelm es ist, ohne Frage keine große Ueberwindung kosten, die minder strafbar gewordenen Bischöfe durch Act seiner Gnade nicht nur der Strafe zu entheben, sondern in alle früheren Würden wieder zurückzuversetzen: aber wegen der in so tiefen, unversöhnlichen, gehässig persönlichen Gegensatz zu Gesetz und Staat, Regierung und König gerathenen kirchlichen Würdenträger wie Ledochowski und Melchers mit Bittgesuchen aus der Menge des Volkes bestürmt zu werden — Das muß fast wie eine Ehrfurchtverletzung empfunden werden. Dabei hat man nicht gehört, daß Herr Melchers selber oder Herr Ledochowski sich bittend an des Königs Gnade gewandt habe. Und wenn die „Germania" im Tone des Vorwurfs fragt, warum denn nicht wenigstens den Diöcesen Münster und Limburg ihre Hirten wiedergegeben seien, so fragen wir dagegen: haben wenigstens diese beiden Bischöfe unter Bedauern des Conflicts, in welchen sie — nach ihrer Meinung des Gewissens wegen — mit dem preußischen Staate gerathen waren, die königliche Gnade schon nachgesucht? Auf diese Frage wäre Antwort wohl zu verlangen. Nach allen Anzeichen war seit den ersten praktischen Thaten der conservativ-klerikalen Verbrüderung den Ultramontanen diesseit und jenseit der Alpen der Gedanke bereits völlig natürlich geworden, daß sie zu fordern, der König und der Staat lediglich zu gewähren hätten, auch da, wo nur die Gnade, die Gnade eines auch der Verirrung gegenüber milden Herrscherherzens das Gesetz und die Strafe aufheben konnte. Es ist gut, daß man rechtzeitig wieder einmal gesehen, welche Vorstellung die Zöglinge der modernen römischen Kirche von Gesetz, Staat und königlicher Gnade haben."

Die Commission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs, welche mehrere Male in der Woche im Reichs-Justizamte zu einer Sitzung zusammentritt, hat am Mittwoch die letzte vor ihren Ferien abgehalten. Der Vorsitzende, Wirkl. Geh. Rath Dr. Pape, sowie die Mitglieder der Commission treten Erholungs- bez. Badereisen an. Am 1. September werden die Arbeiten wieder aufgenommen.

Wir gedachten gestern der von der „National-Zeitung" gebrachten Enthüllungen über den Rücktritt des Ministers Bitter. Die Zweifel, daß der Minister zu denselben in irgend welcher Verbindung stände, haben sich bestätigt. Herr Bitter hat der „Post" die Erklärung zugehen lassen, daß er diesen Enthüllungen der „National-Zeitung" absolut fremd gewesen sei und daß er mit denselben nach keiner Seite hin in irgend einem Zusammenhange stehe.

Die Auflösung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, welche so vielfach besprochen und bezweifelt wurde, steht, wie der „Magdeb. Zeit." gemeldet wird, doch noch bevor. Das Staatsministerium wird demnächst Beschluß fassen und die Allerhöchste Bestätigung nicht ausbleiben. Nach dem §. 79 der Städteordnung tritt dann eine von der Regierung einzusetzende commissarische Verwaltung bis zum Eintritte der neugewählten Versammlung ein, und es ist nach dem Sinne und fast auch nach dem Wortlaute des Gesetzes fraglich, ob die Mitglieder der aufgelösten Versammlung auch dieses Commissorium werden führen können und dürfen. Diese städtische Wahlbewegung geht nun der für die Abgeordnetenwahlen voran und fällt in eine Zeit, in welcher viele Personen abwesend sind. Nichts desto weniger ist anzunehmen, daß die Zusammensetzung der neuen Stadtverordnetenversammlung keine wesentlichen Aenderungen erfahren wird.

Die Gegner des Impfzwanges wiegen sich in großen Hoffnungen und sie haben in der That Ursache dazu. Denn während die Uebertragung ihrer Agitation aus dem Gebiet des rein wissenschaftlichen Meinungsaustausches auf die parlamentarische Bühne bisher nur das Privileginn einiger weniger Centrumsabgeordneter war, kommt jetzt dieser Agitation eine mächtige Unterstützung aus den liberalen Reihen. Es wird berichtet, daß liberale Abgeordnete einen Antrag im Reichstage einbringen werden, durch welchen die verbündeten Regierungen ersucht werden sollen, eine aus gleichen Theilen von Impffreunden und Impfgegnern zusammengesetzte wissenschaftliche Commission zur Lösung der Impffrage niedersetzen und inzwischen das Impfgesetz außer Wirksamkeit zu setzen; von dem Erfolge dieser Commissionsberathung soll es, nach der Absicht der Antragsteller, alsdann abhängen, ob das Impfgesetz wieder in Kraft zu treten habe oder gänzlich aufzuheben sei. Der Antrag nimmt, wie man sieht, von vorn herein eine dem Impfzwang feindliche Stellung ein, und die Frage wird jedenfalls erlaubt sein, ob die Impf-Angelegenheit schon so gründlich und mit Gewinnung so bestimmter Ergebnisse erörtert ist, um eine Einmischung von Laien zu rechtfertigen.

Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß der in letzter Zeit mehrfach genannte englische Generalconsul in Alexandrien, Sir Edward Malet, mit dem Fürsten Bismarck in einem bedeutenden Augenblick persönliche und diplomatische Beziehungen gepflogen hat. Es war in den Septembertagen von 1870, während sich die deutschen Armeen nach dem Siege von Sedan gegen Paris vorwärts bewegten, als Herr Malet, damals Attaché der englischen Botschaft in Paris, zum Kanzler kam, um ihm einen Brief von Lord Lyons zu überbringen, in welchem angefragt wurde, ob der Kanzler mit Jules Favre über die Bedingungen eines Waffenstillstandes verhandeln wolle. Graf Bismarck soll ihm geantwortet haben: „Ueber die Bedingungen eines Friedens: Ja, über die eines Waffenstillstandes: Nein." Diese Ablehnung scheint aber der persönlichen Aufnahme, welche Herr Malet fand, nicht geschadet zu haben. Derselbe verweilte mehrere Tage im Hauptquartier und wurde mehrfach vom Kanzler in seine Nähe gezogen.

Der türkische General und Flügeladjutant des Sultans, v. Drygalski Pascha, hat mit seinem Begleiter Hafiz Bey am Freitag Nachmittag 5 Uhr Berlin verlassen und sich, bevor er nach Konstantinopel zurückkehrt, erst noch auf einige Zeit zu seiner Familie nach Dresden begeben.

Wie aus Prag gemeldet wird, haben es die Czechen durchgesetzt, daß die an der deutschen Universität begonnenen Prüfungen an der czechischen fortgesetzt werden können. In dieser Beziehung wird täglich ein Erlaß des Unterrichtsministers erwartet. — In den Kreisen der deutschen Professoren und Studenten herrscht fortwährend eine gedrückte Stimmung. Viele deutsche Studenten haben die Absicht geäußert, die Prager Universität zu verlassen und ihre Studien an der Wiener fortzusetzen. Mehreren deutschen Corpsstudenten sind wieder czechische Drohbriefe zugegangen, in denen jene aufgefordert werden, ihre Mützen und Corpsabzeichen abzulegen, da solche „deutsch-studentische Herausforderungen (?) in der Hauptstadt Böhmens nicht geduldet werden könnten." Die Drohbriefe sind der Polizei übergeben worden, die indeß bisher die Verfasser nicht zu ermitteln vermochte. — Der czechische Schulverein, der durch seine Verbindung mit der Aristokratie und dem hohen katholischen Klerus über bedeutende Geldmittel verfügt, hat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, in Mähren abermals vier czechische Volksschulen und ein Gymnasium zu errichten. In welchen Städten und Ortschaften Mährens jene Schulen errichtet werden sollen, wird von dem Berichte einer czechischen Lehrer-Commission abhängen, die gegenwärtig im Auftrage des Schulvereins Mähren bereist.

Nach einem Telegramm aus Rom hätte der Papst in dem jüngst gehaltenen geheimen Consistorium unter Anderm auch die Umtriebe Rußlands gegen die katholische Kirche in Galizien erwähnt, wo sogar mehrere abtrünnige katholische Priester mit den Feinden des katholischen Glaubens sich verbunden hätten. Wie es heißt, wendet der Papst den Vorgängen in Galizien große Aufmerksamkeit zu und läßt sich über jene fortwährend aus polnisch-ultramontanen Kreisen Bericht erstatten. Die Absendung eines päpstlichen Legaten nach Lemberg soll bereits beschlossen sein.

Marseille war am Dienstag wieder der Schauplatz eines italienischen Putsches. Ein angetrunkener Italiener, dem man wegen der vorgerückten Nachtstunde den Eintritt in ein verrufenes Haus versagte, wollte die Thür erbrechen und leistete den herbeigerufenen Polizeiagenten mit einem Revolver den heftigsten Widerstand. Bald waren 300 Italiener an Ort und Stelle, um für ihren Landsmann Partei zu nehmen. Nun rückte eine Abtheilung Gendarmerie an; die Italiener ließen sich auch dadurch nicht einschüchtern, zogen ihre Messer und rüsteten sich zu einem förmlichen Kampfe. Da jetzt die Gendarmen zwar den ihren Revolvern Gebrauch machten, aber nur, um in die Luft zu schießen, drangen die Piemontesen unter den Rufen: „Nieder mit der Polizei! Es lebe Italien! Nieder mit Frankreich!" auf ihre Gegner ein und diese mußten erst durch eine Abtheilung von Zollwächtern weitere Verstärkung erhalten, um der Tumultuanten Herr zu werden. Fünf von den Rädelsführern wurden verhaftet: ein Italiener Namens Barisone hatte in dem Handgemenge einen Schuß in die Schulter und ein anderer Italiener einen Messerstich empfangen.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß in Kragujewatz zwei Revolutionsagenten der „Omladina" verhaftet worden. Man fand in ihrem Besitze revolutionaire Proclamationen,